

INTERPELLATION
der Grossräte (Suppl.) Aron Pfammatter, CVPO, Daniel Studer (Suppl.), CVPO, und
Mitunterzeichnenden betreffend Dezentralisierung der kantonalen Verwaltung
(11.05.2011) 6.018
(in Zusammenarbeit mit dem DFIG)

Der Grossteil der kantonalen Verwaltung ist heute in Sitten angesiedelt. Diese Tatsache hat ökologisch unsinniges Pendeln von Ober- und Unterwalliser Kantonsangestellten und eine Schwächung der peripheren Regionen des Kantons zur Folge. Es findet vermehrt eine Abwanderung von den Bergdörfern in die kantonalen Zentren statt, namentlich von Staatsangestellten und ihren Familien. Zudem wird durch eine zentrale Verwaltung in Sitten eine zunehmende Orientierung des Oberwallis Richtung Deutschschweiz und des Unterwallis Richtung Lausanne begünstigt. Der Eindruck einer teils bürgerfernen und anonymen Verwaltung wird geweckt.

Gleichzeitig fordert der Kanton Wallis vom Bund dezentrale Konzepte in der Ansiedlung der Verwaltung und der bundeseigenen Betriebe (z.B. SBB, Armee usw.). Solche Forderungen sind nur glaubwürdig, wenn man selber mit gutem Beispiel vorangeht. Eine dezentrale und damit bürgernahe Verwaltung ist wichtig, damit bürgerfreundliche Lösungen gefunden werden können. Weiter stärkt eine bürgernahe Verwaltung den Zusammenhalt des Kantons Wallis. Zahlreiche Unternehmen beweisen, dass es betriebswirtschaftlich sinnvoll ist, gewisse Funktionen ausserhalb der nationalen Zentren anzusiedeln (z.B. Nespresso Call Center in Sitten oder SBB Call Center in Brig). Der technologische Wandel (z.B. Breitband-Internet oder Videokonferenzen) haben die Zusammenarbeit über Distanzen sehr stark verbessert und die Kosten einer Dezentralisierung massiv reduziert. Eine dezentrale Verwaltung macht es Kantonsangestellten möglich, in ihren Heimatgemeinden zu leben und stärkt das Ober-/Mittel- und Unterwallis. Nicht zuletzt wird dadurch die Attraktivität der Verwaltung als Arbeitgeber gesteigert.

Freilich wird auch nach einer Dezentralisierung weiterhin gut die Hälfte aller kantonalen Stellen im Mittelwallis angesiedelt bleiben. Eine teilweise Dezentralisierung ins Ober- und Unterwallis ist aber möglich und realisierbar.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Staatsrat an,

- wie seine grundsätzliche Haltung betreffend einer teilweisen Dezentralisierung der kantonalen Verwaltung und Justiz in Bezug auf die drei Regionen Ober-, Mittel- und Unterwallis ist;
- welche kantonalen Verwaltungseinheiten bereits heute im Oberwallis und welche im Unterwallis angesiedelt sind und um wie viele Arbeitsplätze (ohne Lehrpersonal und Polizeibeamte) es sich jeweils handelt;
- bei welchen Verwaltungseinheiten eine Dezentralisierung in Frage kommt und in welchem Zeitrahmen diese verwirklicht werden könnte.

Sitten, den 11. Mai 2011
(10.20 Uhr)

Aron Pfammatter, Grossrat (Suppl.), CVPO
Daniel Studer, Grossrat (Suppl.), CVPO
und Mitunterzeichnende